



Gipfel über den Klimawandel

Grünes Wachstum starten, den Planet schützen

22. September 2009, Hauptsitz der Vereinten Nationen, New York

Hintergrundinformation

Die Verhandlungen

„Eine Einigung in Kopenhagen ist dieses Jahr unbedingt nötig, damit der Klimawandel nicht außer Kontrolle gerät.“

Yvo de Boer, Exekutivsekretär, Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, August 2009

In weniger als drei Monaten – im Dezember 2009 – werden bei der UNO-Klimakonferenz Vertreter von 192 Staaten in Kopenhagen zusammentreffen, um ein Abkommen zu beschließen, das in Kraft tritt, nachdem die erste Phase des Kyoto-Protokolls 2012 auslaufen wird. Das Treffen wird den Höhepunkt eines Prozesses bilden, der 2007 begonnen hat. Damals kamen die Regierungen bei der UNO-Klimakonferenz auf Bali zusammen und verabschiedeten die sogenannte Bali-Roadmap, einen auf zwei Jahre angesetzten Verhandlungsprozess, durch den ehrgeizige und effektive Klimaschutzziele nach der ersten Phase des Kyoto-Protokolls in Kraft treten sollten.

Dieser Prozess umfasste zwei Verhandlungspakete für die Zeit nach 2012. Erstens Verhandlungen unter Führung des Sekretariats des Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) auf Grundlage des Aktionsplans von Bali; zweitens Verhandlungen unter dem Kyoto-Protokoll, das die Vereinigten Staaten nicht mit einschließt. Die Vereinigten Staaten hatten das Protokoll nicht ratifiziert, sind aber einer der Hauptverursacher von Treibhausgasen. Die Staaten einigten sich darauf, die Verhandlungen bei der UNO-Klimakonferenz in Kopenhagen abzuschließen.

Die Debatte gewann auch durch verschiedene wissenschaftliche Berichte an Dynamik. Besonders durch den Bericht der Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (IPCC). Dieser bestätigte, dass sich die Erde vor allem aufgrund menschlicher Aktivitäten erwärmt.

Ein beschleunigter Verhandlungsprozess begann 2008. Im polnischen Posen wurde eine erste Bilanz gezogen. Im Jahr 2009 gab es unter dem Aktionsplan von Bali drei Verhandlungsrunden. In Bonn (29. März bis 8. April, 1. bis 12. Juni und 10. bis 14. August). Zwei weitere Runden werden kurz vor dem Kopenhagener Gipfel stattfinden: in Bangkok (28. September bis 9. Oktober) und in Barcelona (2. bis 6. November).

Die Hauptthemen

Der Aktionsplan von Bali beinhaltet vier Kernpunkte: Reduzierung, Anpassung, Technologie und Finanzierung. Es soll auch darüber diskutiert werden, wie die langfristige Zusammenarbeit und ein dauerhaftes globales Ziel zur Reduzierung von Emissionen gestaltet werden können.

Reduzierung: Bei den Verhandlungen über den Klimawandel versteht man unter Reduzierung, wie der Ausstoß von Treibhausgasen gesenkt werden kann. Es geht um die Frage, wie stark diese Reduzierung weltweit erfolgen muss, welche Länder beteiligt werden müssen und wie hoch die Kosten sind. Der Aktionsplan von Bali sieht vor, dass die Maßnahmen „messbar, überprüfbar und meldepflichtig“ sind. Für die Industriestaaten geht es vor allem um rechtlich bindende Maßnahmen zur Reduzierung. Für die Entwicklungsländer geht es hauptsächlich um „national angepasste Pläne zur Reduzierung“ und darum, einen Prozess zu etablieren, der nationales Handeln fördert.

Entwicklung der Emissionen (Quelle: IPCC):

- Zwischen 1970 und 2004 ist der Ausstoß von Treibhausgasen um 70 Prozent gestiegen. Der Ausstoß von Kohlendioxid (die bei weitem größte Quelle der weltweiten Treibhausgase mit 77 Prozent) ist um fast 80 Prozent gewachsen.
- Ohne zusätzliche Maßnahmen werden die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 25 bis 90 Prozent steigen (im Vergleich zum Jahr 2000).
- Der CO₂-Ausstoß wird wahrscheinlich im selben Zeitraum zwischen 40 bis 110 Prozent steigen.
- Die Kosten zur Reduzierung würden im Jahr 2030 nicht mehr als drei Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes betragen.

Anpassung: Der Begriff Anpassung bezieht sich bei den internationalen Verhandlungen darauf, dass arme Länder sich den unvermeidlichen Folgen des Klimawandels anpassen müssen. Es wird aber davon ausgegangen, dass dies auch alle anderen Staaten betrifft. Durch den Klimawandel können Entwicklungsländer erneut in die Armutsfalle geraten und Erfolge beim Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele zunichte gemacht werden. Nötig ist ein umfassender Ansatz im Rahmen der nationalen und internationalen Prioritäten zur nachhaltigen Entwicklung. Wichtig ist, wie verletzbare Nationen mit den Folgen des Klimawandels umgehen können. Außerdem ist fraglich, wie genug Aufmerksamkeit für dieses Problem geschaffen werden kann.

Ein Thema ist auch, wie neben freiwilligen Beiträgen zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden kann, damit sich Entwicklungsländer anpassen können. Diskutiert wird, ob bestehende Institutionen, wie der unter dem Kyoto-Protokoll eingerichtete Anpassungsfonds, gestärkt werden sollen. Es geht auch darum, ob ein international finanziertes Versicherungsorgan den durch Klimarisiken gefährdeten Ländern helfen kann.

Technologie: Eine stärkere technologische Förderung und der Einsatz neuer Technologie spielt bei den Verhandlungen für ein neues Klimaschutzabkommen eine große Rolle. Diese Forderung ist auch im Aktionsplan von Bali enthalten. Wie können Anreize geschaffen werden, um Technologien zu entwickeln, die den Kohlendioxidausstoß senken und wie können solche Technologien in den Entwicklungsländern eingesetzt werden? Diskutiert wird auch, ob dafür ein neues Gremium geschaffen werden soll und wie Patent- und Besitzfragen geklärt werden können. Einigkeit herrscht bei der Frage, auf welche Technologien gesetzt werden soll, um die Reduzierung kostengünstig zu gestalten. Gesetz wird auf Energieeffizienz, erneuerbare Energien wie Wind- und Wasserkraft sowie Kohlenstoffabscheidung und -anreicherung.

Finanzierung: Entscheidend wird beim Gipfel in Kopenhagen sein, wie man zusätzliche und verlässliche Finanzquellen erschließt und wie Technologie dort eingesetzt wird, wo sie am dringendsten benötigt wird. Das Geld muss aus dem privaten wie öffentlichen Sektor kommen. Privates Geld ist vor allem für die Bereiche in den Entwicklungsländern nötig, die auf Regierungsmittel angewiesen sind. Die Diskussion über einen weltweiten Emissionshandel ist dabei entscheidend, damit die Entwicklungsländer zusätzliche Ressourcen erhalten.

Es gibt viele Schätzungen, wie viel Geld benötigt wird, damit sich die Entwicklungsländer an die Folgen des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten anpassen können. Es wird von jährlich bis zu 250 Milliarden US-Dollar ab dem Jahr 2020 ausgegangen. Entscheidend ist aber, das Loch jetzt zu stopfen und nicht seine künftige Größe zu bestimmen. Es ist klar, dass die Kosten für Anpassung und Reduzierung steigen werden und dass anfangs öffentliches Geld benötigt wird. Es müssen feste Regeln für den privaten und öffentlichen Sektor geschaffen werden, damit die Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel nicht jedes Jahr aufs Neue verhandelt werden muss.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.un.org/climatechange